

Carl-Erich Vollgraf

Zuerst die Nr. 349 im Vereinsregister - dann unbekannt; zunächst wohlbetucht, dann auf Spenden aus: Das launische Schicksal des Vereins "MEGA-STIFTUNG Berlin e.V." im deutschen Elnigungsprozeß¹

Die Tage nach dem 3. Oktober 1990 präsentierten der MEGA-STIFTUNG Berlin e.V. binnen kurzem zwei böse Überraschungen. Zunächst teilte das nach der deutschen Vereinigung nunmehr zuständige Amtsgericht Charlottenburg mit, daß der parteienunabhängige Verein trotz der vom früheren Stadtbezirksgericht Mitte ausgereichten Beurkundung tatsächlich nicht in das Vereinsregister eingetragen worden sei, ergo sich neu um Rechtsfähigkeit zu bewerben habe. Einmal in den Dunstkreis "uneinheitlichen" deutschen Ost-/West-Rechts geraten, stellte sich Tage später auf Anfragen des Vorstands bei den Verantwortlichen der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) nach den Modalitäten der dem Verein Anfang Juni gewährten Spende von 55 Millionen DDR-Mark heraus, daß diese vom Spender nicht bei der mit Wirkung vom 1. Juni 1990 zuständigen "Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR" zur Genehmigung angemeldet worden war. Der letzte, außerhalb des Handlungsspielraums des Vereins liegende Vorgang wurde diesem zum Verhängnis. Ohne jede Vorwarnung sperrten die Treuhandanstalt und die Unabhängige Kommission die Konten des Vereins per 20. Februar 1991. Zuvor allerdings hatten die staatlichen Instanzen der Regierung de Maizière das Selbstbewußtsein des Vereins kräftig aufgebaut. ...

Der Verein MEGA-STIFTUNG Berlin e.V. war am 9. April 1990 von fünfzig Berliner Ökonomen, Philosophen, Historikern, Sprachwissenschaftlern und Redakteuren - zu dieser Zeit noch sämtlich Mitarbeiter der Marx-Engels-Abteilung des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (Rechtsnachfolger des früheren Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED) gegründet worden. Über die Zwecksetzung hieß es in der Satzung des Vereins, das wissenschaftliche Werk von Marx und Engels "als international unbestrittenen Teil europäischen humanistischen Kulturerbes zu bewahren, zu edieren und kritisch zu erschließen". Und dies deshalb von vornherein nicht konkurrierend zu der gleichzeitig seit Januar 1990 im Aufbau befindlichen Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES) als dem angestrebten neuen Herausgeber der MEGA, ganz im Gegenteil, vielmehr mit den Intentionen, den Editionsfasen während des von der wissenschaftlichen Öffentlichkeit weltweit begrüßten, langwierigen Neustrukturierungsprozesses dieser umfangreichen Ausgabe nicht abreißen zu lassen und gleichzeitig den traditionsreichen Produktionsstandort Berlin mit seinem über Jahrzehnte aufgebauten intellektuellen wie materiellen Editionspotential zu erhalten. Schließlich war ein Drittel der international als philologisch hochwertig eingeschätzten Ausgabe von den Edi-

toren der Marx-Engels-Abteilung bearbeitet worden; sämtliche bis dahin erschienenen 41 Bände hatten hier die Redaktion durchlaufen.

Die Anbindung an ein Parteiinstitut aber wollten die Vereinsgründer nicht mehr. Bestrebungen zu einer umgehenden Verlagerung dieses finanziell wie personell aufwendigen Projekts an die Akademie der Wissenschaften der DDR sahen sie zu diesem Zeitpunkt als wenig chancenreich an, zerfiel doch das Gigantum Akademie selbst zusehends. Ein anderes Standbein also war gefragt.

Sachgleiche konzeptionelle Überlegungen zur Bildung einer parteienunabhängigen Stiftung oder eines Vereins waren schon im November 1989 aufgekommen, ohne bei der Mehrheit zunächst Anklang finden zu können. Zu ungewohnt noch ein solcher Denkfall, zumal das Gesetzeswerk Derartiges ausschloß, übrigens ganz im Widerspruch zur Verfassung der DDR, die Vereinigungsfreiheit garantierte, und zur Internationalen Konvention vom 16. Dezember 1966 über zivile und politische Rechte.

Das Leben indessen arbeitete der Idee zu.

Das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung einerseits sah sich nicht nur schlechthin außerstande, künftig den aufwendigen Herausgeberpflichten nachkommen zu können; die von der Belegschaft in den ersten Tagen des Januar 1990 neu gewählte Leitung sprach sich auch dafür aus, die künftige Edition jenseits jeden früheren Monopols international und akademisch zu gestalten. Beides führte zum Verzicht des Instituts auf seine Herausgeberrechte, womit der Weg geebnet wurde zur Schaffung einer internationalen Herausgeberstruktur. Die Akademie der Wissenschaften der DDR richtete ihrerseits eine MEGA-Kommission ein.

Andererseits wurde per 21. Februar 1990 das Vereinigungsgesetz erlassen, das endlich "freiwillige, sich selbst verwaltende Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und Erreichung gemeinsamer Ziele" (GBl. I Nr. 10) erlaubte.

Angelockt durch die Pressemitteilung über die Gründung der MEGA-STIFTUNG Berlin e.V., stellte ein Berliner Journalist dem Autor dieser Zeilen im April 1990 die Frage, wer denn wohl dieses aufwendige Projekt finanzieren solle, nachdem die großzügige parteipolitisch interessierte Finanzquelle des SED-Apparats versiegt war. Dies auch angesichts zunehmender öffentlicher Feindseligkeiten gegenüber Marx und Engels - was kein Wunder war, hatten sie für die Begründung aller Schattierungen des realen Sozialismus doch immer wieder herhalten müssen.

Natürlich hatten sich gleich die ersten Überlegungen und Schritte um das kardinale Problem Finanzierung gedreht. Nicht ohne den einem jeden Gründer eigenen Enthusiasmus waren schon Ende Februar 1990 Spendenkonten unter der Bezeichnung "MEGA-Zentrum Berlin" bei der Staatsbank der DDR eingerichtet worden - eines davon für Valuta. Letzteres indizierte die Finanzstrategie, Sponsoren für die

Fortsetzung der MEGA weltweit zu gewinnen. Die Unwägbarkeiten des gesellschaftlichen Umbruchs in der Noch-DDR dämpften natürlich nicht nur jede Euphorie von Investoren, sondern auch die potentieller Sponsoren. In einem "Memorandum zur künftigen Organisation der MEGA-Arbeiten" an den Parteivorstand der PDS erklärte sich deshalb die Leitung der Marx-Engels-Abteilung einerseits sehr deutlich für die notwendige, zügige Internationalisierung und Akademisierung der MEGA-Edition und kündigte die Bildung eines parteienunabhängigen "MEGA-Zentrums Berlin" zur Erhaltung des Berliner Editionsentials an. Andererseits räumte man ein, daß dieses Zentrum eines erklecklichen Startkapitals bedürfe, das nach Lage der Dinge vermutlich nur durch die PDS zu haben sei.

Diese wie alle anderen Finanzierungshoffnungen erhielten juristisch einen realen Boden, nachdem dem Verein vom damaligen Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte per Urkunde mitgeteilt wurde, daß er mit Wirkung vom 14. Mai 1990 ins Vereinsregister unter der Nummer 349 eingetragen worden und damit rechtsfähig sei. Nunmehr konnte auch der Antrag auf Gemeinnützigkeit und damit Förderungswürdigkeit des Vereinszwecks gestellt werden, in finanzieller Hinsicht insbesondere nötig, um eingeworbenes Geld nicht teilweise durch die Steuer wieder zu verlieren und öffentliche Mittel für die Edition beantragen zu können.

Die Eintragung erleichterte Verhandlungen mit den damaligen Finanzverantwortlichen der PDS, die sich mit folgender Rechnung konfrontiert sahen: Von der auf etwa 130 Bände berechneten MEGA waren 41 erschienen. Sollte das bisherige Editionstempo von 2 bis 3 Bänden pro Jahr beibehalten werden, wären 30 Jahre für den Abschluß nötig, vorausgesetzt, daß etwa 30 Wissenschaftler kontinuierlich an etwa 6 Bänden arbeiteten. Die jährlich anfallenden Kosten wären durch die Rendite eines entsprechenden Stammkapitals zu decken. Klar, daß eine erhebliche Kosteneinsparung notwendig, auch möglich war, aber doch kamen 50 Millionen Mark für ein solches Stammkapital in Anschlag. Dieses Finanzierungskonzept bezog sich auf die MEGA in Gänze und mußte es zwangsläufig auch, war doch zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht abzusehen, ob und wann der neue Herausgeber über eigene Fonds verfügen könnte. Die potentiellen und späteren Gründungsmitglieder der IMES, das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, das Karl-Marx-Haus Trier, das IML Moskau und die Akademie der Wissenschaften der DDR verhandelten auch gerade erst die Satzung der internationalen Stiftung.

Am 8. Juni 1990, - "Die Zeit" sinnierte an eben diesem Tag, daß es die planmäßige Beendigung der MEGA mit Sicherheit nicht mehr geben werde, da sich hierfür keine Geldgeber finden dürften -, entschied sich das Vorstandspräsidium der PDS für eine solche Spende. Fünf Tage später hatte der Verein 55 Millionen Ostmark auf seinem Konto. Damit entfalteteten sich Chancen wie unausgestandene Tragödie des Vereins MEGA-STIFTUNG Berlin e.V.

Mit jedem Tag gen 1. Juli 1990, dem neuralgischen Datum der Währungsunion, nahm die allgemeine Nervosität in der DDR spürbar zu. Die Medien drängelten sich um jedwede Anzeichen von Finanzmanipulationen; der Begriff Geldwäsche

hatte Konjunktur. Nur folgerichtig, daß staatlicherseits eine Überprüfung der Konten in Zusammenhang mit der Umstellung angekündigt wurde. Am 1. Juni hatte zudem eine Unabhängige Kommission zur Überprüfung der Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR die Hoheit über alle Finanzbewegungen der Parteien übernommen.

Der MEGA-STIFTUNG Berlin e.V. war es vor diesem Hintergrund nur recht, daß die PDS ihre MEGA-Spende öffentlich machte, als sie am 13. Juni 1990 auf einer internationalen Pressekonferenz Zahlen und Fakten zu ihrem Vermögen anbot. Sinnigerweise unter dem seinerzeit nach meiner Erinnerung allerdings noch nicht so rundum negativ besetzten Stichwort "Altlasten". Für die Medien aber war die Spende offensichtlich so wenig attraktiv, daß nur einige Berichte darauf expressis verbis eingingen (u.a. Tagesspiegel, 14. Juni 1990). Für "interne" Öffentlichkeit sorgte der Verein selbst, indem er bisherigen wie potentiellen wissenschaftlichen Partnern seine Konditionen mitteilte.

Per 1. Juli 1990 wurde das Vermögen der MEGA-STIFTUNG Berlin e.V. ohne Beanstandungen und staatliche Einsprüche 1:2 auf 27,5 Millionen DM umgestellt. Der Verein nahm das als Legitimation, nun darüber nachdenken zu können, wie die Gelder optimal im Sinne des Projekts MEGA zu verwalten wären. Verhandlungen mit deutschen Banken über langfristige, ertragsgünstige Anlagekonzepte setzten ein. Immerhin sollte das Geld eben bis zur Beendigung der Edition reichen.

Gründerzeit im Frühjahr/Sommer 1990 allerorten in der DDR, und ausgiebig mit all ihren (sympathischen) Unbeholfenheiten in einer historisch einmaligen Situation. In diesem Medium war schon allein die Bewerbung um den Status eines gemeinnützigen Vereins für die MEGA-STIFTUNG Berlin e.V. ein Schlingensiefel durch verschiedene Instanzen, da die behördlichen Kompetenzen im Gefolge einer zweifachen Novellierung eben gerade des Gemeinnützigkeitsparagrafen im Vereinigungsgesetz schnell wechselten.

Überkommenes ordnungspolitisches Denken, nicht weniger wohl politische Unsicherheit, hatten den Gesetzgeber zunächst bewegt, das Präsidium der Volkskammer über die Frage der Gemeinnützigkeit befinden zu lassen. An dieses wandte sich der Vorstand denn auch am 28. Mai 1990 mit einer entsprechenden Bitte. Mit der Zunahme solcher Anträge fühlte sich das Präsidium indessen schon bald von seinen eigentlichen Aufgaben abgehalten; der Haushaltsausschuß und die Fachminister wurden eingeschaltet. Also stellte der Verein sein wissenschaftlich-editorisches Anliegen und seine finanzielle, von der Spende der PDS dominierte Situation in den Ministerien für Forschung und Technologie und für Bildung vor. Beide Minister versprachen Hilfe und setzten sich bei der Volkskammer für die Bewilligung der Gemeinnützigkeit ein. Befördert wurde dies durch die beeindruckende Solidarisierungswelle europäischer, amerikanischer und japanischer Wissenschaftler, die sich in Schreiben an die Volkskammer für die Fortsetzung der MEGA und die Erhaltung der Editionsprofile an den Universitäten in Berlin, Halle, Leipzig, Jena und Erfurt-Mühlhausen sowie beim Berliner Verein verwandten. In zahlreichen Schreiben an die Volkskammer wurde das Anliegen des Vereins als gemeinnützig und also förderungswürdig reklamiert.

Eine Entscheidung wurde den Organen der Volkskammer indessen nicht mehr abgefordert. Nach bundesdeutschem Muster ging die Zuständigkeit auf die neu installierten Finanzämter für Körperschaften über. Das Ostberliner Amt interessierte sich allerdings nicht für die internationalen Referenzen des Vereins; es hatte seine Kriterien und urteilte nach ihnen. Nachdem der Verein die erforderlichen Unterlagen neu beigebracht hatte, - die früher eingereichten hatten den Weg durch die Instanzen nicht überstanden -, wurde ihm am 8. August 1990 der Status der vorläufigen Gemeinnützigkeit zugesprochen.

Damit schienen alle wesentlichen Voraussetzungen gegeben, die angestrebte Selbständigkeit und Parteienunabhängigkeit auch eine tatsächliche werden zu lassen. Nach vierzig Jahren wechselvoller Geschichte im Sinne der Edition des handschriftlichen Nachlasses von Marx und Engels schlug am 30. September 1990 die Tür der Marx-Engels-Abteilung zu. Für manchen, der hier beträchtliche Teile seines Arbeitslebens verbracht hatte, wohl nicht ohne verständliche Wehmut; die meisten aber wie der Autor blickten nach vorn. Gleichzeitig änderte der Verein seine Satzung und eröffnete per 1. Oktober 1990 eine Arbeitsstelle für Marx-Engels-Forschung und -Edition. 40 Mitarbeiter, sämtlich zuvor auch schon an der Edition tätig, wurden eingestellt.

Die damalige Konsistenz des Vereins und seiner Arbeitsstelle läßt sich auf diesen trockenen Nenner bringen: Die MEGA-STIFTUNG Berlin e.V. verfügte über das wissenschaftliche, finanzielle und materielle Potential, um beträchtliche Auftragsarbeiten der IMES wahrnehmen zu können, d.h., gleichzeitig 5-6 Bände in Arbeit zu haben, die Redaktion aller, auch an anderen Editionscentren bearbeiteten Bände zu sichern und mittels einer allen modernen Ansprüchen gerecht werdenden Konfiguration das früher begonnene Datenbanksystem auszubauen.

Die personelle Zusammensetzung der Arbeitsstelle versprach eine objektive, solide wissenschaftliche Edition und Forschung, eingedenk dessen natürlich auch, daß die IMES sich mit dem 2. Oktober 1990 konstituiert und die Editionsgeschicke damit in die Hand genommen hatte. Natürlich, blätterte man in den neben der Edition entstandenen Publikationen der einzelnen, stieß man auf Ausschmückungen dessen, was Fourier den Ton von Geschichtsepochen nannte; andernfalls wären sie gar nicht zum Druck gekommen. Adäquat fände man in von ihnen zu verantwortenden kommentierenden Teilen der MEGA-Bände, - den Einleitungen, Textgeschichten, Annotationen, Sachregistern -, daß diese partiell unter parteimarktischem Epocheverständnis leiden, also Ereignisse, Personen und Theorien direkt oder unterschwellig danach beurteilt werden, wie sie dem vermeintlichen weltweiten Übergang zum Sozialismus zugearbeitet hätten oder eben nicht. Man fände auch genügend Versuche, mehrere verstreute Gedanken von Marx oder Engels über einen Gegenstand zu einer Theorie zu amalgamieren, wohl eine Editorenkrankheit generell. Aber ebenso sicher fände man keinen Grund, die Authentizität der dargebotenen Texte in Frage zu stellen, fände man in der Kommentierung zahlreiches neuartiges theoriengeschichtliches und -kritisches Material.

Unsicher war man sich allerdings ob der Akzeptanz des Editionsvereins durch Dritte. In dem Maße, wie der Einblick in das bundesdeutsche Wissenschaftsgetrie-

be zunahm, wurde auch deutlicher, daß sich der Verein jenseits der Normalität, der gängigen Praxis von Langzeiteditionen bewegte.

Nach subsistentiell unruhigen, zumal noch von zwei aufwendigen Umzügen durchschnittenen Wochen und Monaten konnten die Projekt- und Forschungsgruppen des Vereins die systematische Arbeit an den zum Teil weit gediehenen Projekten fortsetzen, am MEGA-Band I/5 (Deutsche Ideologie), Band I/14 (insb. Marx' Artikel in der New York Daily Tribune), Band I/20 (Materialien zur Internationalen Arbeiter-Assoziation), Band I/31 (Engels' Arbeiten 1886 bis 1891), Band II/4.2 (Manuskript des dritten "Kapital"-Bandes) und schließlich am Gesamtkatalog der Bücher von Marx und Engels. Die Vorstandsmitglieder, zweckmäßigerweise zugleich Leitung der Arbeitsstelle, sahen sich mit für sie als Wissenschaftshistoriker und Editoren völlig neuartigen Aufgaben, eigentlich unternehmerischen Notwendigkeiten konfrontiert.

Ende Oktober/Anfang November 1990 standen 1800 Ostberliner Vereine plötzlich vor dem rechtlichen, damit mehrheitlich auch finanziellen Vakuum. Das Amtsgericht Charlottenburg hatte ihnen bedeutet, daß ihre Gründungsurkunde Makulatur sei, da sie vom vorher zuständigen Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte nicht ins Vereinsregister eingetragen worden wären. Vorgänge und Akten, wußten dann Journalisten, seien vor dem 3. Oktober verschiedentlich abhanden gekommen. Andere mutmaßten, daß der Wildwuchs DDR-Vereine politisch unter Kontrolle gebracht werden sollte. Was immer maßgebend und im einzelnen auch vorgefallen war, letztlich wurden Unzulänglichkeiten von Behörden in seltsamer Logik den Vereinen angelastet.

Für den mitbetroffenen Verein MEGA-STIFTUNG Berlin, nun nicht mehr zur Führung des Kürzels "e.V." berechtigt, war eine schwierige Situation entstanden. Die Frage war, wie angesichts des nichtrechtlichen Status das beträchtliche Vermögen des Vereins für die MEGA erhalten werden konnte. Nun hafteten für alle weiteren Entscheidungen sämtliche Vereinsmitglieder, insbesondere die handelnden Vorstandsmitglieder.

Zudem war seit einiger Zeit mit dem Skandal um die sogenannten "Putnik-Millionen" die Diskussion um das PDS-Vermögen wieder zum Kochen gekommen und damit erneut ins Zwielficht, wer wie der Verein auf geschenkten Teilen desselben seine Existenz begründet hatte.

Beide Umstände waren für den Verein zwingend genug, sich beim Parteivorstand der PDS nach den seinerzeitigen Modalitäten der MEGA-Spende zu erkundigen, übrigens auch im deutlich bekundeten Interesse der kontoführenden Bank.

Das Ergebnis war einigermaßen ernüchternd. Der Spende haftete ein entscheidender Mangel an: Sie war ohne Wissen und entsprechend ohne Zustimmung der Unabhängigen Kommission erfolgt.

Offenbar waren die Modalitäten der Spende auch dem Parteivorsitzenden der PDS nicht bekannt gewesen. Er entschuldigte sich umgehend bei der Kommission und ersuchte Mitte November 1990 im Interesse des Erhalts eines Stücks deutschen Kulturguts um die nachträgliche Genehmigung.

Der Verein war irritiert, hatte aber keinerlei Anlaß, seine rein wissenschaftliche Zwecksetzung von sich aus in Frage zu stellen. Eher das Gegenteil war der Fall. Über die Solidarisierungswelle mit der MEGA und ihren Editoren hatten sich seit Frühjahr/Sommer 1990 wie selbstverständlich viele gute Kontakte mit Kollegen angebahnt, die man wegen der früheren Kommunikations- und Reisebeschränkungen nur durch ihre Bücher kannte. Ein Vorstandsmitglied bereite auf Einladung der japanischen Arbeitsgemeinschaft Marx-Engels-Forschung mehrere Universitätsstädte Japans, um Sinn wie aktuelle Editionsschwierigkeiten der MEGA vorzustellen. Der Verein eröffnete einen Diskussionszyklus zur "Krise des Marxismus". Im Februar 1991 wurde erstmalig in der Editions-geschichte der MEGA der Entwurf einer Einleitung ("Kapital"-Band II/4.2) in einem internationalen Kreis späterer Nutzer diskutiert, mit dem Ergebnis übrigens, diesen die Wertung des Textes zu überlassen und sich in Einführungen, so sie denn überhaupt sein müßten, auf Textgenetisches und die Edition Begründendes zu beschränken.

Die Unabhängige Kommission schwieg sich aus, griff dann aber um so fester zu. Am 20. Februar 1991, einen Tag vor der Gehaltszahlung Februar, sperrte sie die Konten der MEGA-STIFTUNG Berlin e.V. i.G. Die Begründung: Fehlende Zustimmung der Kommission zur Spende, die ohnehin nur erfolgen könne, wenn die PDS zuvor den Nachweis über den materiell-rechtsstaatlichen Erwerb des Geldes geführt hätte. Die Verwaltung der Gelder übernahm die Treuhandanstalt.

Die rechtliche Position von Kommission und Treuhandanstalt ist kaum zu erschüttern. Um so erstaunlicher aber, daß die Kommission trotz klarer Rechtslage und der ihr seit Mitte Juni bekannten Situation mit ihrem Eingriff bis Februar 1991 wartete. Unverständlich und völlig unverhältnismäßig, daß dem Verein bis Ende Juli 1991 die Freigabe der Februargehälter und der ihm eindeutig gehörenden privaten Spenden verweigert wurde.

Die Sperrung der Konten der MEGA-STIFTUNG Berlin e.V. i.G. fand eine breite nationale und mehr noch internationale Kritik. Renommierte Wissenschaftler aus vielen Ländern intervenierten. Zum Beispiel die 440 japanischen Sozial- und Geisteswissenschaftler, die im November 1990 eigens ein "Unterstützungskomitee zur Fortsetzung der MEGA" gebildet hatten. Dabei maßte sich niemand an, die rechtliche Grundlage für die Entscheidung von Unabhängiger Kommission und Treuhandanstalt zu bewerten. Es ging um die fatalen Folgen für die MEGA - einer Edition, die sich ein toleranter, seinem eigenen nationalen Kulturgut verpflichteter deutscher Einheitsstaat leisten können müsse, um Geld, das trotz nicht überprüfter Herkunft einem guten Zweck gedient hätte.

Die MEGA wird an der Kontensperrung des Berliner Vereins wohl letztlich nicht scheitern, gibt es doch genug Engagierte, die ihr das Waisenhaus ersparen wollen. Durch die existentielle Infragestellung bisheriger Projektgruppen wird sie aber zunächst blockiert. Die Internationale Marx-Engels-Stiftung ist erst dabei, neue Editionscentren zu schaffen, einschließlich der Einwerbung von Geld für diese. Und Geldspenden für weit fortgeschrittene Bände des Berliner Vereins, - auch für die der Universitätsgruppen, die sich bis Juni 1991 fast ausnahmslos in der Warteschleife befanden -, sind nicht von heute auf morgen zu haben. Das Potential der MEGA-STIFTUNG Berlin e.V. i.G. bewegte sich seit der Kontensperrung in sogenannter, den Status von Arbeitslosigkeit bemäntelnder Null-Stunden-Kurzarbeit (an den Projekten durfte offiziell nicht gearbeitet werden) und droht demnächst auf dem Arbeitsmarkt auseinanderzubrechen, falls ein ABM-Konzept nicht greift.² Sicherlich kann man anderenorts mit viel Aufwand ein neues schaffen, wozu aber solche unsinnigen personellen Vergeudungen und Mehrkosten?

Der Berliner Verein - jetzt unter dem Namen "Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition" - wird bestehen bleiben und - nomen est omen - die MEGA weiterhin zu unterstützen suchen. Seine Geschäftstätigkeit wird derzeit mittels privater Spenden notdürftig aufrechterhalten. Erschwerend für ihn war, daß sein Antrag auf "Wiedereintragung" oder Neuregistrierung zwar seit Ende November 1990 lief, aber erst am 13. Juni 1991 positiv beschieden wurde. In den letzten Tagen entschied die Unabhängige Kommission, die seit der Kontensperrung aufgelaufenen, nicht stornierbaren Verpflichtungen des Vereins zu begleichen und ein Übergangskonzept für 15 Mitarbeiter bis Ende diesen Jahres zu finanzieren. Inwieweit die kompetenten Mitglieder des Vereins danach noch selbst Hand an die Edition legen können, wird sich zeigen.

(Stand: 31. Juli 1991)

Anmerkungen

1 Fakten und Problembeschreibungen zur MEGA-STIFTUNG e.V. sind mit Genehmigung des Autors in einer MEGA-Betrachtung der Zeitschrift "Sozialismus" verarbeitet worden. (Siehe Sozialismus. Hamburg, Juli/August 1991, S. 19-22.)

2 Die Fortführung weit vorangeschrittener MEGA-Bände als ABM-Projekte wurde durch das Arbeitsamt abgelehnt. Die Begründung: "Die Arbeiten liegen, unbeschadet der Rechtsnatur des Trägers, nicht im öffentlichen Interesse, weil das Ergebnis der Maßnahme der Allgemeinheit nicht unmittelbar dienlich ist, und der Nutzen des Maßnahmergebnisses für die Allgemeinheit nicht offensichtlich gegeben ist."